

Anlage

**Geschäftsordnung
für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Kreistagsausschüsse
und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften
des Landkreises Hildesheim
XIX. Wahlperiode (01.11.2021 – 31.10.2026)**

Inhaltsübersicht

I. Abschnitt

Kreistag

- § 1 Fraktionen und Gruppen
- § 2 Ladungsfrist und Form der Einberufung
- § 3 Tagesordnung
- § 4 Öffentlichkeit
- § 5 Sitzungsleitung
- § 6 Sitzungsverlauf
- § 7 Sachanträge
- § 8 Dringlichkeitsanträge
- § 9 Änderungsanträge
- § 10 Anträge zur Geschäftsordnung
- § 11 Zurückziehung von Anträgen
- § 12 Beratung
- § 13 Anhörungen
- § 14 Persönliche Bemerkungen
- § 15 Verstöße
- § 16 Abstimmung
- § 17 Wahlen
- § 18 Anfragen
- § 19 Protokoll
- § 20 Einwohnerfragestunde
- § 21 Aktuelle Stunde

II. Abschnitt

Kreisausschuss

- § 22 Geschäftsgang und Verfahren
- § 23 Ladungs- und Antragsfrist, Einberufung, Protokolle
- § 24 Zusammenwirken der Kreistagsausschüsse mit dem Kreisausschuss

III. Abschnitt

Ausschüsse

- § 25 Geschäftsgang und Verfahren
- § 26 Vertretung in Ausschüssen
- § 27 Ausschüsse und Beiräte aufgrund besonderer Rechtsvorschriften

IV. Abschnitt

Schlussbestimmungen

- § 28 Außerkraftsetzen der Geschäftsordnung
- § 29 Änderung der Geschäftsordnung
- § 30 Inkrafttreten

I. Abschnitt

Kreistag

§ 1

Fraktionen und Gruppen

(1) Jede Fraktion und jede Gruppe hat eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine bzw. einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende. Die Bildung einer Fraktion oder Gruppe ist dem Landrat und der oder dem Vorsitzenden des Kreistages von der oder dem Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument anzuzeigen. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion oder Gruppe, die Namen der oder des Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe, ihrer bzw. seiner Stellvertreterinnen und bzw. oder Stellvertreter und aller der Fraktion oder Gruppe angehörenden Kreistagsabgeordneten enthalten. Änderungen sind dem Landrat und der oder dem Vorsitzenden des Kreistages unverzüglich schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument anzuzeigen.

(2) Die Bildung von Fraktionen und Gruppen sowie Änderungen werden mit der schriftlichen Mitteilung an den Landrat wirksam.

(3) Unterhält die Fraktion oder Gruppe eine Geschäftsstelle, sind dem Landrat auch die Anschrift der Geschäftsstelle sowie die zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion oder Gruppe sowie evtl. Änderungen mitzuteilen.

(4) Den Fraktionen und Gruppen werden im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung sowie für die öffentliche Darstellung ihrer Auffassungen in Angelegenheiten des Landkreises haben gewährt. Über die Verwendung der Zuwendungen im jeweiligen Haushaltsjahr ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen, der jeweils bis zum 31.3. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres dem Landrat zuzuleiten ist.

§ 2

Ladungsfrist und Form der Einberufung

(1) Der Landrat lädt die Kreistagsabgeordneten schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung zu einer Sitzung ein, sooft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch zu 6 Sitzungen im Jahr. Die Sitzungen sollen möglichst um 16:00 Uhr beginnen und eine Dauer von 5 Stunden nicht überschreiten, über die Fortsetzung oder Verlängerung entscheidet der Kreistag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln.

Die Einladung kann ausschließlich durch ein elektronisches Dokument erfolgen, wenn die oder der Kreistagsabgeordnete sich damit einverstanden erklärt hat.

(2) Der Landrat hat den Kreistag unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Drittel der Kreistagsmitglieder oder der Kreisausschuss unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt oder wenn die letzte Kreistagsitzung länger als drei Monate zurück liegt und ein Kreistagsabgeordneter oder eine Kreistagsabgeordnete die Einberufung unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt.

(3) Die Ladungsfrist für Sitzungen des Kreistages beträgt 10 Tage. In Eilfällen kann die Ladungsfrist auf zwei Tage abgekürzt werden. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen in Eilfällen vier Tage und im übrigen zwölf Tage vor der Sitzung zur Post gegeben oder elektronisch versandt, oder den Kreistagsabgeordneten ausgehändigt werden. Ob ein Eilfall vorliegt und die Ladungsfrist abgekürzt wird, bestimmt der Landrat.

(4) Der schriftlichen Ladung sind die Tagesordnung, die zu einzelnen Themen gestellten Anträge, Anfragen einschließlich Antworten und Vorlagen der Verwaltung beizufügen; Vorlagen können in Ausnahmefällen nachgereicht werden, in eiligen Fällen ggf. per E-Mail. Besonders umfangreiche Vorlagen bzw. Anlagen können ausschließlich im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden, wenn gleichzeitig eine Einsichtnahme in der Kreisverwaltung ermöglicht und eine Ausfertigung den Fraktionsgeschäftsstellen auf Anforderung zur Verfügung gestellt wird. Im Falle der elektronischen Ladung wird nur die Einladung mit Tagesordnung übersandt. Die Vorlagen und weiteren Sitzungsunterlagen werden – soweit bereits vorhanden - gleichzeitig im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Die nichtöffentlichen Tagesordnungen und weiteren Dokumente werden ausschließlich in einem passwortgeschützten Bereich des Kreistagsinformationssystems zugänglich gemacht. Die Fraktionen und alle Kreistagsabgeordneten werden per E-Mail über die Einstellung in das Kreistagsinformationssystem unterrichtet.

(5) Zeit, Ort und Tagesordnung der Kreistagsitzung werden rechtzeitig vor der Sitzung im elektronischen Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim veröffentlicht. Daneben werden die Sitzungstermine aller Sitzungen mit Tagesordnung und Vorlagen für den öffentlichen Teil der Sitzungen in den öffentlich zugänglichen Bereich des Kreistagsinformationssystems eingestellt. Die im nichtöffentlichen Teil stehenden Tagesordnungspunkte sollen in der öffentlich verfügbaren Tagesordnung mit Oberbegriffen bekannt gegeben werden. Das Kreistagsinformationssystem ist über die Internetseite des Landkreises Hildesheim www.landkreishildesheim.de (Rubrik Politik) oder über den Direktlink www.kreistags.info/ aufzurufen. Im Übrigen unterrichtet die Kreispressestelle die Tageszeitungen im Kreisgebiet über Zeitpunkt, Ort und Inhalt der Kreistagsitzungen.

§ 3 Tagesordnung

(1) Der Landrat stellt die Tagesordnung im Benehmen mit der oder dem Vorsitzenden des Kreistages auf. Wird die Tagesordnung von der oder dem Vorsitzenden des Kreistages aufgestellt, so ist das Benehmen mit der allgemeinen Stellvertretung herzustellen. Zum Antragsrecht einzelner Kreistagsmitglieder und von Fraktionen und Gruppen sind die §§ 7, 8 und 18 zu beachten.

(2) Die vom Kreistag berufene Gleichstellungsbeauftragte kann im Rahmen der ihr von § 9 Abs. 2 NKomVG zugewiesenen Aufgabenstellung verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages, eines seiner Ausschüsse oder des Kreisausschusses gesetzt wird.

(3) Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden zu Beginn der Sitzung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden festgestellt.

(4) Die Tagesordnung kann in dringlichen Fällen zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des Kreistages mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitgliederzahl erweitert werden. Dabei ist § 8 zu beachten.

(5) Beschlussvorlagen der Verwaltung können vom Landrat jederzeit zurückgezogen werden. Die Tagesordnung bleibt davon unberührt.

(6) Jeder Verhandlungsgegenstand ist besonders zu bezeichnen. Einen Punkt „Verschiedenes“ darf die Tagesordnung nicht enthalten. Die Punkte „Mitteilungen der Verwaltung“ und „Anfragen“ werden nicht zur Aussprache gestellt. Beschlüsse dürfen hierzu nicht gefasst werden.

§ 4 Öffentlichkeit

(1) An öffentlichen Sitzungen des Kreistages können Zuhörerinnen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen; Pressevertreterinnen und -vertretern sind besondere Sitze zuzuweisen.

(2) Zuhörerinnen und Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie dürfen auch im Übrigen die Verhandlung nicht stören, insbesondere keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörerinnen und Zuhörer, die die Ordnung stören, können von der oder dem Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.

§ 5 Sitzungsleitung

(1) Die oder der Vorsitzende hat die Sitzungen unparteiisch zu leiten. Sie bzw. er ruft die Verhandlungsgegenstände auf und stellt sie zur Beratung. Will sie bzw. er zu einem Verhandlungsgegenstand selbst Stellung nehmen, so gibt sie bzw. er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt ab.

(2) Sind die oder der Vorsitzende und ihre bzw. seine Vertreterinnen oder Vertreter verhindert, so wählt der Kreistag unter dem Vorsitz der oder des ältesten anwesenden hierzu bereiten Kreistagsmitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.

§ 6 Sitzungsverlauf

Regelmäßiger Sitzungsverlauf:

- a) Eröffnung der öffentlichen Sitzung;
- b) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung;
- c) Genehmigung des Protokolls über die letzte Kreistagssitzung (öffentlicher Teil)
- d) Einwohnerfragestunde
- e) Aktuelle Stunde
- f) Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände, dazu ggf. jeweils die Berichte und Vorschläge der Kreistagsausschüsse;
- g) Anregungen und Beschwerden (§ 34 NKomVG)
- h) Mitteilungen der Verwaltung;
- i) Anfragen;
- k) Schließung des öffentlichen Teils der Kreistagssitzung;
- l) Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Kreistagssitzung;
- m) Genehmigung des Protokolls über die letzte Kreistagssitzung (nichtöffentlicher Teil);
- n) Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände, dazu ggf. jeweils die Berichte und Vorschläge der Kreistagsausschüsse;
- o) ggf. Mitteilungen der Verwaltung;
 - o.1) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

- o.2) Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- p) ggf. Anfragen;
- q) Schließung der Sitzung.

§ 7

Sachanträge

(1) Anträge einer Fraktion, einer Gruppe oder eines Kreistagsmitgliedes zur Aufnahme eines bestimmten Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung müssen schriftlich oder mittels eines elektronischen Dokuments gestellt und an den Landrat über das Kreistagsbüro gerichtet werden. Das Kreistagsbüro, sendet die Anträge per E-Mail unverzüglich an alle Fraktionen und Kreistagsabgeordneten und stellt sie in das Kreistagsinformationssystem ein.

(2) Anträge, die nicht spätestens am 14 Tage vor der Kreistagsitzung eingegangen sind, werden als Dringlichkeitsanträge nach § 8 behandelt, wenn sie als solche bezeichnet sind.

(3) Während der Sitzung kann jedes Kreistagsmitglied Anträge zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen stellen. Mündlich gestellte Anträge müssen bis zur Abstimmung schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument bei der oder dem Vorsitzenden vorliegen.

(4) Anträge sollen nur Angelegenheiten zum Inhalt haben, die in der Zuständigkeit des Kreistages liegen. Anträge auf Aufhebung von Beschlüssen früherer Sitzungen dürfen in die Tagesordnung nur aufgenommen oder in der Sitzung gestellt werden, wenn der Kreisausschuss einen entsprechenden Beschluss empfiehlt oder die Beschlussfassung des Kreistages mehr als 6 Monate zurückliegt. Dies gilt nicht, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert hat.

§ 8

Dringlichkeitsanträge

(1) Dringlichkeitsanträge müssen vor Eintritt in die Tagesordnung eingebracht werden.

(2) Der Antrag ist auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Dringlichkeit zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des Kreistages mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder anerkannt wird. Eine Aussprache über die Dringlichkeit darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern nur mit der Prüfung der Dringlichkeit beschäftigen.

(3) Soll über den Antrag in der Sache noch in der laufenden Sitzung des Kreistages beschlossen werden, ist die Sitzung zur Vorbereitung durch den Kreisausschuss zu unterbrechen.

§ 9

Änderungsanträge

Zu jedem Punkt der Tagesordnung können bis zur Abstimmung Änderungsanträge gestellt werden. Mündlich gestellte Anträge müssen bis zur Abstimmung schriftlich bei der oder dem Vorsitzenden vorliegen. Wird ein Änderungsantrag nach Erörterung angenommen, so gilt der veränderte Antrag als neue Verhandlungsgrundlage. Bei Ablehnung des Änderungsantrages wird das Abstimmungsverfahren fortgesetzt. Wortmeldungen zur Sache sind dann nicht mehr zulässig.

§ 10

Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Jedes Kreistagsmitglied kann während der Sitzung Anträge zur Geschäftsordnung stellen. Hierzu gehören insbesondere Anträge auf

- a) Schluss der Debatte und Schließen der Rednerliste; dieser Antrag kann nur von Kreistagsmitgliedern gestellt werden, die zu dem Punkt nicht zur Sache gesprochen haben,
- b) Übergang zur Tagesordnung,
- c) Vertagung,
- d) Verweisung an einen Ausschuss,
- e) Unterbrechung der Sitzung,
- f) Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Beratung,
- g) Verlängerung der Redezeit,
- h) Zulassung mehrmaligen Sprechens,
- i) Nichtbefassung,
- j) Fortsetzung oder Verlängerung i. S. d. § 2 Abs. 1.

(2) Auf einen Antrag zur Geschäftsordnung gibt die oder der Vorsitzende zuerst der Antragstellerin oder dem Antragsteller das Wort zur Begründung. Auf Wunsch wird je einer oder einem Abgeordneten der Fraktionen und Gruppen sowie den fraktionslosen Mitgliedern des Kreistages zur Stellungnahme das Wort erteilt. Anschließend wird der Antrag sofort zur Entscheidung durch den Kreistag gebracht.

§ 11

Zurückziehung von Anträgen

Anträge und Änderungsanträge zu einem Beratungsgegenstand, der auf der Tagesordnung steht, können bis zur Abstimmung von der Antragstellerin bzw. vom Antragsteller zurückgezogen werden.

§ 12

Beratung

(1) Die Kreistagsmitglieder dürfen nur sprechen, wenn ihnen von der oder dem Vorsitzenden das Wort erteilt wird. Es darf nur zur Sache gesprochen werden. Zwischenfragen sind nur mit Zustimmung der Rednerin oder des Redners zulässig.

(2) Wird das Wort gewünscht, muss sich das Kreistagsmitglied durch Erheben der Hand bemerkbar machen.

(3) Die oder der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, indem sie oder er die Namen der Kreistagsmitglieder aufruft. Wird das Wort gleichzeitig von mehreren Kreistagsmitgliedern gewünscht, entscheidet die bzw. der Vorsitzende über die Reihenfolge. Bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung ist das Wort außerhalb der Reihenfolge zu erteilen, sobald die jeweilige Rednerin oder der jeweilige Redner ihre bzw. seine Ausführungen beendet hat.

(4) Die oder der Vorsitzende kann zur Wahrnehmung der ihr bzw. ihm nach § 63 NKomVG obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort nehmen.

(5) Der Landrat und die weiteren Beamtinnen und Beamten auf Zeit sind auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Die oder der Vorsitzende muss ihnen zur tatsächlichen und rechtlichen Klarstellung des Sachverhaltes auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erteilen. (§ 87 Abs. 1 S. 2 NKomVG)

(6) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an allen Sitzungen des Kreistages teilnehmen. Sie ist auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlungen zu hören, soweit ein solcher Verhandlungsgegenstand Angelegenheiten gemäß § 9 Abs. 2 NKomVG zum Inhalt hat.

(7) Die Ausführungen sollen von den Rednerinnen und Rednern grundsätzlich vom Rednerpult aus gemacht werden; andernfalls erheben sie sich beim Sprechen von den Plätzen. Nach Möglichkeit sollte in ein Mikrofon gesprochen werden.

(8) Die Redezeit beträgt für Einzelabgeordnete bis zu fünf Minuten. Für die jeweilige Sprecherin oder den jeweiligen Sprecher einer Fraktion oder Gruppe beträgt die Redezeit bis zu zehn Minuten, im Falle einer Haushalts- oder Nachtragshaushaltsberatung bis zu fünfzehn Minuten. Für Einzelabgeordnete beträgt die Redezeit bei Haushalts- oder Nachtragshaushaltsberatungen bis zu zehn Minuten. Für Mitglieder einer Fraktion oder Gruppe können grundsätzlich nur Redezeiten entsprechend der nachfolgenden Auflistung von jeweils bis zu fünf Minuten in Anspruch genommen werden. Ein Übertrag auf andere Mandatsträger ist nicht zulässig.

Größe der Fraktion oder Gruppe	Redezeit
bis zu 5 Mitglieder	2 x 5 Minuten
bis zu 10 Mitglieder	3 x 5 Minuten
ab 11 Mitglieder	4 x 5 Minuten

(9) Ist ein Antrag gestellt worden, der nicht in die Zuständigkeit des Kreistages fällt, besteht nur ein Anspruch auf eine kurze Begründung, nicht jedoch auf eine inhaltliche Beratung und eine Sachentscheidung. Die Redezeit für die Antragsbegründung beträgt in diesem Fall auch bei Anträgen von Fraktionen oder Gruppen höchstens fünf Minuten.

(10) Auf Antrag der Rednerin oder des Redners kann die oder der Vorsitzende die Redezeit verlängern, wenn kein Kreistagsmitglied widerspricht. Bei Widerspruch beschließt der Kreistag über die Verlängerung der Redezeit.

(11) Jede bzw. jeder Kreistagsabgeordnete darf grundsätzlich zu einem Tagesordnungspunkt nur einmal sprechen; ausgenommen sind hiervon

- a) das Schlusswort der Antragstellerin bzw. des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung;
- b) die Richtigstellung offener Missverständnisse;
- c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen;
- d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung.

Die Redezeit für Wortmeldungen nach den Buchstaben a) - d) beträgt höchstens zwei Minuten. Die oder der Vorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass Kreistagsabgeordnete mehr als einmal zu einer Sache sprechen dürfen. Bei Widerspruch entscheidet der Kreistag.

(12) Während der Aussprache über einen Tagesordnungspunkt sind nur folgende Anträge zulässig:

- a) Anträge zur Geschäftsordnung,
- b) Änderungsanträge,
- c) Zurückziehung von Anträgen.

§ 13 Anhörungen

(1) Beschließt der Kreistag, anwesende Sachverständige zum Gegenstand der Beratung zu hören, gelten § 12 Abs. 8 Satz 1 und Abs. 10 entsprechend.

(2) Beschließt der Kreistag, anwesende Einwohnerinnen oder Einwohner des Landkreises zum Gegenstand der Beratung zu hören, gelten § 12 Abs. 8 Satz 1 und Abs. 10 entsprechend. Eine Diskussion mit den Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohnern findet nicht statt.

§ 14 Persönliche Bemerkungen

Kreistagsmitgliedern, die sich zu einer persönlichen Bemerkung zu Wort gemeldet haben, ist das Wort auch nach Schluss der Beratung zu erteilen. Die Kreistagsmitglieder dürfen in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen sie gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Sie dürfen nicht länger als drei Minuten sprechen. Eine Verlängerung der Redezeit ist entsprechend § 12 Abs. 10 möglich.

§ 15 Verstöße

(1) Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind von der oder dem Vorsitzenden sofort zu rügen.

(2) Verstößt ein Kreistagsmitglied gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung, so kann die oder der Vorsitzende es unter Nennung des Namens „zur Ordnung“, falls es vom Verhandlungsgegenstand abschweift, „zur Sache“ rufen. Folgt das Kreistagsmitglied dieser Ermahnung nicht, so kann die oder der Vorsitzende ihm nach nochmaliger Verwarnung das Wort entziehen. Ist einem Kreistagsmitglied das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen.

(3) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der oder dem Vorsitzenden nicht, sie wieder herzustellen, so kann sie bzw. er die Sitzung unterbrechen; sie bzw. er kann sie nach Beratung mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen aufheben.

§ 16 **Abstimmung**

(1) Der Beratung folgt in der Regel die Abstimmung. Anträge, über die abgestimmt werden soll, sollen vor der Abstimmung im Wortlaut verlesen werden. Die oder der Vorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung.

(2) Abgestimmt wird durch Erheben der Hand, in Zweifelsfällen durch Aufstehen. Der oder dem Vorsitzenden bleibt es überlassen, eine Auszählung der Stimmen vorzunehmen und das genaue Stimmenverhältnis festzustellen.

(3) Die oder der Vorsitzende stellt die Fragen so, dass der Kreistag seine Beschlüsse mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen fasst. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht mit.

(4) Es wird grundsätzlich offen abgestimmt. Auf Antrag eines Kreistagsmitglieds wird geheim abgestimmt, wenn mindestens ein Drittel der anwesenden Kreistagsmitglieder den Antrag unterstützt. Die geheime Abstimmung hat Vorrang vor der namentlichen Abstimmung. Das Ergebnis einer geheimen Abstimmung wird durch **drei** von der /dem Kreistagsvorsitzenden zu bestimmenden Kreistagsmitgliedern festgelegt, die verschiedenen Fraktionen angehören sollen, und der /dem Kreistagsvorsitzenden mitgeteilt, die/der es bekannt gibt. Soweit gesetzlich nicht vorgeschrieben, findet eine namentliche Abstimmung nur auf Antrag einer Fraktion oder Gruppe oder von mindestens einem Fünftel der anwesenden Kreistagsmitglieder statt. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist im Protokoll zu vermerken.

§ 17 **Wahlen**

(1) Gewählt wird schriftlich. Steht nur eine Person zur Wahl, wird durch Zuruf oder Handzeichen gewählt, wenn dem niemand widerspricht. Auf Verlangen eines Kreistagsmitgliedes ist geheim zu wählen. Bei geheimer Wahl geschieht die Auszählung durch je eine Vertreterin oder einen Vertreter der Fraktionen oder Gruppen und die Protokollführerin bzw. den Protokollführer.

(2) Bei mehreren Wahlvorschlägen werden die Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt.

(3) Im Übrigen gilt § 67 NKomVG.

§ 18 **Anfragen**

(1) Fraktionen, Gruppen und einzelne Kreistagsabgeordnete können Anfragen stellen, die kreisbezogene Angelegenheiten betreffen. Sie müssen schriftlich oder mittels eines elektronischen Dokuments gestellt und an den Landrat gerichtet werden. Das Kreistagsbüro, dem die Anfragen zeitgleich zuzuleiten sind, sendet die Anfragen per E-Mail unverzüglich an alle Fraktionen und Kreistagsabgeordneten und stellt sie in das Kreistagsinformationssystem ein.

(2) Die Anfragen werden von dem Landrat innerhalb von 3 Wochen schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument beantwortet. Die anderen Fraktionen und Gruppen und die fraktionslosen Kreistagsmitglieder erhalten eine Kopie der Antwort. Ist eine Beantwortung innerhalb von 3 Wochen nicht möglich, ist eine kurze Zwischenmitteilung mit entsprechender Begründung zu erteilen. Mit den Antworten ist entsprechend Abs. 1 Satz 3 zu verfahren.

(3) Die Anfragen sind als Beratungsgegenstand auf der Tagesordnung der Kreistagssitzung zu berücksichtigen, wenn dies von den Fragestellern spätestens am 14. Tage vor der Kreistagssitzung ausdrücklich beantragt wird. Die Anfragen werden dann vom Landrat grundsätzlich schriftlich beantwortet, so dass eine fraktionsinterne/gruppeninterne Vorbereitung möglich ist.

(4) Die Anfragen, die auf der Tagesordnung stehen, werden von dem Landrat oder den weiteren Beamten auf Zeit in der Kreistagssitzung außerdem mündlich beantwortet. Die oder der Vorsitzende kann weitere Zusatzfragen zu diesen Anfragen zulassen. Anträge zur Sache dürfen nicht gestellt werden. Die mündlich gestellten Zusatzfragen und die erteilten Antworten werden im Protokoll aufgenommen. Unbeantwortet gebliebene Zusatzfragen werden von der Verwaltung innerhalb von 3 Wochen entsprechend Abs. 1 Satz 3 beantwortet, ohne dass eine erneute Berücksichtigung auf der Tagesordnung zu veranlassen ist. Die Antwort kann dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

(5) Weitere Anfragen sind unter dem Punkt „Anfragen“ zu behandeln. Die Anfragen werden von dem Landrat oder den weiteren Beamten auf Zeit in der Kreistagssitzung mündlich beantwortet. Die mündlich gestellten Fragen und die erteilten Antworten werden im Protokoll aufgenommen. Unbeantwortet gebliebene Anfragen werden von der Verwaltung innerhalb von 3 Wochen entsprechend Abs. 1 Satz 3 beantwortet. Die Antwort kann dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

(6) Für Anfragen nach Abs. 5 und deren Beantwortung steht pro Sitzung ein Zeitraum bis zu ½ Stunde zur Verfügung.

(7) Die Rechte der Kreistagsmitglieder nach § 56 Satz 2 und § 58 Abs. 4 Satz 2 NKomVG bleiben unberührt.

§ 19 Protokoll

(1) Der Landrat ist für das Protokoll verantwortlich. Er bestimmt die Protokollführerin oder den Protokollführer. Die Sitzungen des Kreistages werden mit einem Aufzeichnungsgerät aufgenommen. Die Aufzeichnungen dürfen nur zur Anfertigung und Überprüfung der Richtigkeit des Protokolls durch die Unterzeichner nach Absatz 3 und auf Antrag von Abgeordneten verwendet werden, die Anträge auf Änderung des Protokolls stellen wollen und dies zumindest zwei Tage vor der Abstimmung beantragen. Die Aufzeichnung ist nach der Genehmigung des Protokolls zu löschen.

(2) Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten. Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen. Aus dem Protokoll muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst worden sind und welches Ergebnis Wahlen erbracht haben. Insoweit ist auch festzuhalten, ob die gewählte Person die Wahl angenommen hat. Die Abstimmungsergebnisse sind festzuhalten. Jedes Kreistagsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat.

(3) Das Protokoll ist von der oder dem Vorsitzenden, dem Landrat und der Protokollführerin oder dem Protokollführer zu unterzeichnen. Das Protokoll ist allen Kreistagsmitgliedern spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung zu übersenden, wenn sie nicht ihre Zustimmung zur papierfreien Kreistagsarbeit erklärt haben.

(4) Die Protokolle über öffentliche Sitzungen des Kreistages werden frei zugänglich in das Kreistagsinformationssystem des Landkreises Hildesheim eingestellt. Die Protokolle über nichtöffentliche Sitzungen des Kreistages werden ausschließlich in den passwortgeschützten Bereich des Kreistagsinformationssystems des Landkreises Hildesheim eingestellt. Die Fraktionen und alle Kreistagsabgeordneten werden per E-Mail über die Einstellung in das Kreistagsinformationssystem unterrichtet.

Abweichend davon sind Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil von Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und sonstiger Ausschüsse des Kreistages in den öffentlichen Teil des Kreistagsinformationssystems einzustellen, soweit dies rechtlich zulässig ist.

(5) Protokolle über nichtöffentliche Sitzungen dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden.

§ 20 **Einwohnerfragestunde**

(1) Zu Beginn einer öffentlichen Kreistagssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt. Die Fragestunde wird von der oder dem Vorsitzenden geleitet. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.

(2) Jede Einwohnerin und jeder Einwohner des Landkreises kann sich zu Beratungsgegenständen und anderen Angelegenheiten des Kreistages zu Wort melden und Fragen stellen. Die Redezeit je Einwohnerin oder Einwohner soll höchstens 3 Minuten betragen.

(3) Die Fragen werden vom Landrat beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt.

§ 21 **Aktuelle Stunde**

(1) Auf schriftlichen Antrag eines Kreistagsmitgliedes findet über ein bestimmt bezeichnetes Thema von aktuellem kommunalpolitischem Interesse eine Aussprache zu Beginn der Kreistagssitzung statt, sofern nicht ein Beratungsgegenstand mit inhaltlich gleicher Thematik an anderer Stelle der Tagesordnung behandelt werden soll. Im Zweifelsfall entscheidet der Kreistagsvorsitzende über die Aufnahme in die Tagesordnung.

(2) Der Antrag ist spätestens am dritten Tag vor der Kreistagssitzung bis 10.00 Uhr bei dem Landrat über das Kreistagsbüro schriftlich oder auf elektronischem Wege einzureichen. Das Kreistagsbüro, sendet diesen per E-Mail unverzüglich an alle Fraktionen und Kreistagsabgeordneten und stellt ihn in das Kreistagsinformationssystem ein.

(3) Für jede Kreistagssitzung können maximal zwei Themen für eine Aussprache beantragt werden. Für die Reihenfolge der Behandlung ist der Zeitpunkt des Eingangs bei dem Landrat maßgebend.

(4) Die Dauer der Aussprache über beantragte Themen soll grundsätzlich 60 Minuten nicht überschreiten; die von den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung in Anspruch genommene Redezeit bleibt dabei unberücksichtigt. Die Redezeit beträgt bei einem Thema für Fraktionen oder Gruppen bei 2 bis 10 Mitgliedern und bei Einzelabgeordneten 5 Minuten, bei 10 bis 15 Mitgliedern 8 Minuten, bei 15 bis 20 Mitgliedern 12 Minuten und bei mehr als 20 Mitgliedern 21 Minuten. Bei zwei Themen beträgt die Redezeit die Hälfte der in Satz 2 genannten Redezeiten. Zusätzlich zu den Zeiten nach den Sätzen 1 und 2 beträgt die Zeit für die Einbringung des beantragten Themas 5 Minuten.

II. Abschnitt

Kreisausschuss

§ 22

Geschäftsgang und Verfahren

Für Geschäftsgang und Verfahren des Kreisausschusses gelten die Vorschriften des I. Abschnittes für den Kreistag mit Ausnahme von § 7 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4, § 9 Satz 2, § 12 Abs. 7 und Abs. 8 sowie Abs. 11, § 13 Abs. 2, § 19 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 sowie § 20 sinngemäß, soweit nicht gesetzliche oder andere Bestimmungen dieser Geschäftsordnung dem entgegenstehen.

§ 23

Ladungs- und Antragsfrist, Einberufung, Beratung, Protokolle

(1) Die regelmäßige Ladungsfrist beträgt sechs Tage. Sie gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am 8. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben oder elektronisch versandt worden sind. In Eilfällen bestimmt die oder der Vorsitzende Form und Frist der Ladung.

(2) Die schriftliche Einladung wird neben den Kreisausschussmitgliedern deren Vertreterinnen und Vertretern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen und den fraktionslosen Kreistagsabgeordneten übersandt es sei denn sie haben ihre Zustimmung zur papierfreien Kreistagsarbeit erklärt.

(3) Anträge zur Aufnahme eines Beratungsgegenstandes und von Anfragen in die Tagesordnung sind spätestens am 11. Tag vor der Sitzung einzureichen.

(4) Im Fall des § 8 Abs. 3 kann der Landrat den Kreisausschuss für die Sitzungspause des Kreistages einberufen.

(5) Die Redezeit beträgt bis zu fünf Minuten. Für die jeweilige Sprecherin oder den jeweiligen Sprecher einer Fraktion oder Gruppe, beträgt die Redezeit zehn Minuten, im Falle einer Haushalts- oder Nachtragshaushaltsberatung fünfzehn Minuten. Kreistagsmitglieder können sich zu einem Tagesordnungspunkt mehrmals zu Wort melden.

(6) Die Protokolle über die Sitzungen des Kreisausschusses werden allen Kreisausschussmitgliedern, deren Vertreterinnen und Vertretern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen übersandt, wenn sie nicht ihre Zustimmung zur papierfreien Kreistagsarbeit erklärt haben. Daneben wird das Protokoll in den passwortgeschützten Bereich des Kreistagsinformationssystems des Landkreises Hildesheim eingestellt. Die Fraktionen und alle Kreistagsabgeordneten werden per E-Mail über die Einstellung in das Kreistagsinformationssystem unterrichtet.

§ 24

Zusammenwirken der Kreistagsausschüsse mit dem Kreisausschuss

Der Kreisausschuss nimmt, soweit erforderlich, zu den Beratungsergebnissen der Kreistagsausschüsse Stellung.

III. Abschnitt

Ausschüsse

§ 25

Geschäftsgang und Verfahren

(1) Für Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse des Kreistages und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gelten die Vorschriften des II. Abschnittes für den Kreisausschuss sinngemäß, soweit nicht gesetzliche oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung dem entgegenstehen. Die §§ 13 (Anhörungen) und 20 (Einwohnerfragestunde) finden auf öffentliche Sitzungen Anwendung.

(2) Sitzungen der Ausschüsse sind grundsätzlich öffentlich. Dies gilt nicht für die Ausschüsse, für die der Kreistag die Nichtöffentlichkeit bei deren Bildung oder Neubildung ausdrücklich bestimmt. Ausschüsse können zu einer nichtöffentlichen Sitzung geladen werden, wenn die Tagesordnung nur Verhandlungsgegenstände enthält, die in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln sind.

(3) Will die oder der Vorsitzende zur Sache sprechen, so braucht sie bzw. er den Vorsitz nicht abzugeben.

(4) Die Einladung erhalten neben den Ausschussmitgliedern die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen und die fraktionslosen Kreistagsabgeordneten.

(5) Ort und Zeit der öffentlichen Ausschusssitzungen werden entsprechend § 2 Abs. 5 öffentlich bekannt gemacht.

(6) Die Protokolle über die Sitzungen der Ausschüsse werden den jeweiligen Ausschussmitgliedern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen und den fraktionslosen Kreistagsabgeordneten übersandt, wenn sie nicht ihre Zustimmung zur papierfreien Kreistagsarbeit erklärt haben. Daneben wird entsprechend § 19 Abs. 4 verfahren.

§ 26

Vertretung in Ausschüssen

Für jedes Ausschussmitglied ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu benennen. Diese bzw. dieser ist bei Verhinderung des Ausschussmitgliedes von diesem rechtzeitig von ihrer bzw. seiner Vertretung zu benachrichtigen. Die anderen Mitglieder der Fraktionen oder Gruppen sind vertretungsberechtigt.

§ 27

Ausschüsse und Beiräte aufgrund besonderer Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen des III. Abschnittes sind sinngemäß auch auf Ausschüsse und Beiräte des Landkreises anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

IV. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 28

Außerkräftsetzen der Geschäftsordnung

Der Kreistag kann für die Dauer einer Sitzung oder für einzelne Verhandlungsgegenstände die Aufhebung oder Änderung von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitgliederzahl beschließen.

§ 29

Änderung der Geschäftsordnung

Ein Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Kreistagsmitglieder.

§ 30

Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 21.03.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Kreistagsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften vom 28.11.2024 außer Kraft.

Hildesheim, den 20.03.2025

Landkreis Hildesheim
Der Landrat

Lynack